

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. —
Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt a. M. Die Bundesversammlung. Der Fünfziger-Ausschuss. Die deutsche Kriegsmarine. Das demokratische Comité. † Aus Sachsen. Die Frage wegen der Republik. O Leipzig. Wahl. Freischar nach Holstein. Dienstmädchenversammlung. □ München. Die Nachrichten aus Athen. Volksversammlung. München. Das neue Pressegesetz. Die Kammer. Königl. Proclamation. † Augsburg. Die Wahlen zur Nationalversammlung. Die bürgerlichen Reichsräthe. Zeitungen. Stuttgart. Die Truppen. Karlsruhe. Verein für die Arbeiter aus Frankreich. Die Kammer. Donaueschingen. Die Aufregung. Aus Baden. Die grundherrliche Familie v. Röder. Freiburg. Sendschreiben des Papstes an den Erzbischof. Kassel. Die deutsche Fahne auf dem kurfürstl. Palaste. Die Stände. Die Gardes-du-Corps. Aus der Provinz Hanau. Die Standesherrn. Darmstadt. Das Wahlgesetz. — Die Sachen in Schleswig-Holstein. † Altenburg. Die Minister. Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung. Der westliche Landestheil. Die Landschaft. Koburg. Die Stände. — Die Wahlen in Mecklenburg. Hamburg. Truppeneinzüge.

Preußen. Berlin. Verordnungen. A Berlin. Das veränderte Berlin. * Von der preussischen Weser. Die Anleihe. * Posen. Die Anarchie. Breslau. Deputation nach Posen. Mickiewicz. Stettin. Dänische Fregatte vor Swinemünde. Köln. Theilnahme des Militärs an den Wahlen. Deputation des Fünfziger-Ausschusses. Aachen. Petition des Militärs.

Oesterreich. Wien. Ablösungsgesetz. — Presburg. Die Minister. Erzherzog Stephan. — Volksversammlung in Pesth.

Handel und Industrie.

Kündigungen.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 15. April.

In der 34. Sitzung der Bundesversammlung am 14. April trat für den abberufenen hannoverschen Gesandten v. Lenthe der Klosterrath v. Wangenheim ein. Der seitherige dänische Gesandte für Schleswig-Holstein und Lauenburg war gestern schon in Folge des in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit gefassten Beschlusses aus der Bundesversammlung getreten. Von dem kurhessischen Gesandten Professor Dr. Jordan wurde officielle und vertrauliche Auskunft über die neuesten Vorfälle in Kassel gegeben, wonach die Bundesversammlung keinen Anlass fand, weiter in dieser Sache vorzugehen, da die Ruhe im verfassungsmäßigen Wege vollständig hergestellt erscheint. Auf den Antrag des Revisionsausschusses wurden sämtliche Regierungen aufgefordert, unverzüglich anzuzeigen, wann bei möglichst zu beschleunigenden Wahlen sämtliche Abgeordnete zur Nationalversammlung gewählt sein werden. Desgleichen wurde genehmigt, daß die als das allein geeignete Local zur Aufnahme der Nationalversammlung erscheinende Paulskirche sofort für jenen Zweck hergerichtet und insbesondere der zur Beseitigung der akustischen Mängel erforderliche Kostenbetrag auf die Bundeskasse angewiesen.

Protokoll der Sitzung des Fünfziger-Ausschusses am 12. April. Eingänge. 1) Professor Richter von Düren spricht sich über die Freischar aus. Da die Niederlegung einer Commission für Volksbewaffnung von Jacoby beantragt ist, so soll dieser auch der obige Gegenstand überwiesen werden. Es werden in die Commission ernannt: Kuranda, Raveaur, Stedtmann, Bedemeyer, Graf Bissingen. 2) Eine Denkschrift über Oesterreichs Verhältnisse, von Hrn. Koch, nebst zwei Schriften. Wird auf dem Secretariat zur Einsicht ausgelegt. 3) Protestation von Bürgern Kölns gegen das von Berlin aus angeordnete Wahlverfahren, eingereicht durch Raveaur. 4) Schreiben des herzoglich nassauischen Ministeriums: Die Veranstaltung der Wahlen nach den Beschlüssen der Versammlung, jedoch mit indirectem Wahlmodus, mittheilend. 5) Mittheilung des Bürgercomité zu Mainz an die hessischen Mitbürger — die Volkswünsche betreffend. Wird ausgelegt. 6) Dr. Strecker überreicht einen Aufruf wegen Auswanderung. Ausgelegt. 7) Dr. Zahn in Hanau protestirt gegen den preussischen Wahlmodus. 8) Von demselben: Der Ausschuss möge durch Abgeordnete mit den heimkehrenden Deutschen in Verbindung treten. Durch frühern Beschluß erledigt. 9) Dr. Eisenmann bittet wegen Krankheit um Verlängerung seines Urlaubs. Genehmigt. 10) Hr. von Glosen kündigt an, daß er seine Reise hierher möglichst beschleunigen werde. Dabei stellt Stedtmann einen Antrag auf Führung einer Präsenzliste in den Sitzungen. Angenommen. 11) Ein Abgeordneter der Bauern des Traunkreises, Hr. Kullich, übergibt seine Vollmacht. Derselbe nimmt als beratendes Mitglied Platz. 12) Noch ein Protest gegen die preussischen Wahlen. 13) Schreiben des Vorsitzenden

der Vertrauensmänner, die schleswig-holsteinische Frage betreffend. Dieselben haben beim Bunde beantragt: a. die Anerkennung der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein, b. die Aufnahme Schleswigs in den Bund. Zu den Acten. 14) Bedekind aus Darmstadt wünscht eine Berichtigung in den Verhandlungen der Versammlung: daß der Antrag wegen Zuziehung von sechs Oesterreichern von ihm geschehen. Hiermit geschehen. 15) Vom Sicherheitscomité in Weilburg geht das Gesuch ein, daß die Zusammenziehung von Truppen an der westlichen Grenze in möglichst wenig provocirender Weise geschehe. Mathy bemerkt hierzu, daß die französische Regierung von dieser Aufstellung Kenntniß habe und sich damit einverstanden zeige. 16) Noch ein Protest gegen die preussischen Wahlen. 17) Antrag mehrerer Handelshäuser Frankfurts, das österreichische Verbot der Baar-geldausfuhr betreffend. An eine Commission, bestehend aus den H. Dack-witz, Hornbostel, Kolb, Mühlfeld, Biedermann. 18) Vollmachten aus Wien für Professor Hölsmann und Schulz v. Straßnigly. 19) Hr. Jais von Wiesbaden überfendet verschiedene Anträge und Vorschläge. An die betreffende Commission. 20) Eingabe vieler Permissionisten in Frankfurt, ihre Theilnahme an den hiesigen Wahlen betreffend. An die Wahlcommission. 21) Hr. Paur in Augsburg lehnt die Wahl in den Ausschuss ab. Die Entlassung genehmigt, die Frage wegen Einberufung eines Ersatzmannes an eine Commission verwiesen. Dazu ernannt: Freudentheil, Kierulff, Jacoby, Schott, Spaß. 22) Dr. Wirth verlangt Zurücknahme der Aufstellung von Truppen im Seekreis. 23) In gleichem Sinne spricht sich der Bürgerverein von Luttlingen aus. Der Präsident hat beide Eingaben beantwortet, und die Nothwendigkeit der Maßregel auseinandergesetzt. Benedey bemerkt dazu, daß die aufgestellten Truppen keine fremden, sondern Bundesstruppen seien. Kolb spricht den Wunsch aus, daß man sich bei solchen Maßregeln auf die Punkte beschränke, wo dies wirklich nothwendig sei. Ein anderer Punkt in jener Eingabe wegen Rücktritt des Markgrafen Wilhelm ist bereits erledigt. Der Präsident wird noch besonders an die Bürger von Luttlingen ein beruhigendes Schreiben richten. Die hierbei angeregte Frage: ob alle Einzelne an eine Petitionscommission verwiesen werden sollen, wird verneint. 24) Hr. R. R. wünscht, daß der Ausschuss praktische Schritte für die arbeitenden Klassen thue, und macht bezügliche Vorschläge. An eine Commission. Dazu werden ernannt: Raveaur, Abegg, Rüder, Schilling, Hergenbahn. 25) Schreiben des Casino-vorstandes mit Karten für die neu angekommenen Mitglieder. 26) Protestation der Bürger von Koblenz gegen den preussischen Wahlmodus. Die Hrn. Stedtmann, Raveaur, Benedey, Simon, Abegg, Bedemeyer bemerken, daß mehr von den preussischen Ständen Gewählte die Wahlen nicht angenommen hätten. 27) Der Leipziger Vaterlandsverein spricht sich für Freigebung des österreichischen Italiens aus. An die Commission. 28) Ein Schreiben der Einwohner von Knipscherhof an ihren Deputirten bei der Vorversammlung, die Vertretung der bäuerlichen Interessen betreffend. Zu den Acten, als theils erledigt, theils bloße Particularinteressen berührend.

Pagenstecher beantragt die Zuziehung von zwei österreichischen Mitgliedern zur Commission für äußere Angelegenheiten. Als solche bezeichnet das Präsidium die H. Schufelka und Endlicher. Zacharia trägt eine Mittheilung aus Hannover in Betreff der Wahlen vor. Wächter berichtet, daß in Württemberg die Wahlen ganz im Sinne der Versammlung veranstaltet worden seien. Briegleb theilt mit, daß bis zum 1. Mai die genau nach den Beschlüssen der Vorversammlung gewählten Abgeordneten Koburgs und Gothas hier eintreffen werden. Freudentheil und Schilling aus Oesterreich bemerken, daß sie Schritte gethan, damit in ihren Ländern die Beschlüsse der Vorversammlung vollzogen würden. Man geht nun zur Tagesordnung über, und zwar zunächst zu einem Antrage Schleiden's, eine Aufforderung der provisorischen Regierung Schleswig-Holsteins zur Absendung von Abgeordneten betreffend. Der Antragsteller zieht für seinen Antrag, in Folge der neuerdings von den Vertrauensmännern wegen Anerkennung der provisorischen Regierung gethanen Schritte zurück, behält sich aber vor, darauf zurückzukommen, falls diese Schritte nicht Erfolg haben sollten. Wächter bemerkt, daß schon durch das Vorschreiben an die provisorische Regierung wegen der Wahlen dem Antrag entsprochen sei. Endlicher kündigt einen Antrag an, daß der für maritime Zwecke besonders wichtige Theil Illyriens in den Deutschen Bund aufgenommen werde.

Tagesordnung für morgen. 1) Der oben angekündigte Antrag. 2) Der Antrag von Dackwitz, Freudentheil und Zacharia, daß der Ausschuss eine Geschäftsordnung für die constituirende Versammlung entwerfe. Unter den in der gestrigen Sitzung des Fünfziger-Ausschusses verlesenen Einläusen befand sich auch ein Schreiben aus Braunschweig über die Kriegsvorfälle in Schleswig. Der ungünstige Erfolg der ersten Operation wird darin dem Mangel an Offizieren, an Cavalerie und Artillerie zugeschrieben. Freiwilliger Zuzug sei erwünscht,